



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern und für Heimat, 10557 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Clara Bünger
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 10557 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 07. Juni 2023

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Mai 2023**
HIER Arbeitsnummer 5/555

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Rita Schwarzelühr-Sutter

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage der Abgeordneten Clara Bünger
vom 31. Mai 2023
(Monat Mai 2023, Arbeits-Nr. 5/555)

Frage

Sieht die Bundesregierung nach der Wiederwahl von Recep Tayyip Erdoğan, der nach seinem Wahlsieg ein härteres Durchgreifen gegen politische Gegner ankündigte (<https://www.suedkurier.de/ueberregional/politik/die-tuerkei-ruecktweiter-vom-westen-weg-sein-knapper-wahlsieg-wird-erdogan-noch-haerter-machen;art410924,11586616>), eine zunehmende Gefahr für die in Deutschland lebende kurdischstämmige Community bzw. für Erdoğan-Kritiker/Oppositionelle, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Anhänger der "Grauen Wölfe", die als mitgliederstärkste rechtsextremistische Organisation Deutschlands schon seit Jahrzehnten gesellschaftlich fast unbehelligt agiert und sich immer weiter ausbreitet, am 28. Mai 2023 in mehreren deutschen Städten den Wahlsieg Erdoğans mit dem Wolfsgruß öffentlich feierten (<https://www.rnd.de/politik/duisburg-erdogananhaenger-feiern-wahlergebnis-mit-wolfsgruss-und-allahu-akbar-rufenV26OJFYCSBHCVB6IVOUDUT4JSY.html>) und dabei zwei Erdoğan-Gegner mit teils lebensgefährlichen Messerstichen verletzten (<https://www.rnd.de/panorama/messerattacke-bei-autokorso-in-stuttgart-nach-erdogan-sieg-verletzter-ausserlebensgefahr-5YPU6MOKLRPOBCMLZF-FOUVJ4CU.html>), und beabsichtigt die Bundesregierung, die ultranationalistische Organisation "Graue Wölfe", deren Ideologie der freiheitlich demokratischen Grundordnung widerspricht und die mit DITIB/AKP eng verbunden ist, hier in Deutschland – wie dies in Frankreich bereits der Fall ist – zu verbieten, um die kurdischstämmige Community sowie Erdoğan Kritiker, die mit Sorge auf ihre Sicherheit in der BRD blicken und weitere Angriffe durch türkische Faschisten und den türkischen Geheimdienst befürchten, ausreichend zu schützen?

Antwort

Der Bundesregierung liegen derzeit keine Erkenntnisse vor, aus denen eine zunehmende Gefahr für in Deutschland lebende kurdischstämmige Personen bzw. für Kritiker des türkischen Staatspräsidenten oder türkische Oppositionelle in Deutschland hervorgeht.

Die Bundesregierung hat in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der türkischen Regierung wiederholt und unmissverständlich darauf hingewiesen, dass ein

Hereintragen innenpolitischer türkischer Konflikte in die deutsche Gesellschaft nicht akzeptiert wird.

Extremistische Tendenzen werden in Deutschland nicht hingenommen. Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern gehen Hinweisen zu möglichen extremistischen Bestrebungen wie auch strafrechtlich relevanten Handlungen konsequent nach und prüfen kontinuierlich sämtliche Möglichkeiten, die der Rechtsstaat bereithält.

Die Bundesregierung äußert sich grundsätzlich nicht zu Verbotsüberlegungen, unabhängig davon, ob zu solchen Überlegungen im Einzelfall Anlass besteht. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass potenziell Betroffene ihr Verhalten danach ausrichten und dadurch die Wirksamkeit operativer behördlicher Maßnahmen beeinträchtigt oder diese vereitelt werden könnten.